Vierte Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

№ 306. Dienstag den 2. November 1886. 80. Jahrgang.

Carola-Theater.

Leipzig, 1. November. Es ist begreiflich, daß das Berliner Hoftheaterballet große Zugkraft ausübt, und so erfreute sich gestern Abend ein sehr zahlreiches Publicum an den Leistungen der von der Spree nach der Pleiße gewanderten Jüngerinnen der Terpsichore. Der Urlaub derselben war mit dem gestrigen Abend schon wieder abgelaufen und die leichtgeflügelten Sylphiden werden nicht wieder in die Ferne flattern, da Graf Hochberg ein für allemal den Taubenschlag geschlossen hat. Wenn auch der Stern des Berliner Ballets, Fräul. dell'Era, unter den gastirenden Künstlerinnen fehlte, so waren doch die nächststehenden Kräfte ersten Ranges an demselben betheiligt. Fräulein Stoßmeister und Fräulein Urbanska glänzten wieder in den schon besprochenen Vorführungen. Neu war gestern ein „Czardas", ein ungarischer Nationaltanz, der von jenen Damen in Gemeinschaft mit dem anmuthigen Frl. Bethge, der gewandten „Pantomimistin" — so lautet die officielle Angabe des Zettels — Frl. Spiering und dem Herren Müller, der sich wiederum in der „Pantomime" und „Maskerade" als ein Tänzer von virtuoser Gewandtheit zeigte, Trost, Stiller und Zorn ausgeführt wurde. Die Technik dieses charakteristischen Nationaltanzes war eine vollkommene. Der „Czardas" wurde auf Verlangen des Publicums noch einmal getanzt, überhaupt war der Beifall stürmischer als am Abend vorher.

Doch auch gegenüber den einheimischen Kräften, welche diesmal auch ihre schauspielerischen Leistungen einem sehr vollen Hause vorführen durften, kargte das Publicum nicht mit seinem Beifall. Das Lustspiel: „Er ist nicht eifersüchtig" von Alexander Elz ist ein beliebtes Repertoirestück: die Situationen stehen zwar etwas auf der Spitze, doch ist Leben und Bewegung in dem Stück — und das ist bei einem Einacter ein im Ganzen seltener Vorzug. Clara Roths als Cäcilie brachte ihn durch ihr Spiel zur vollen Geltung. Besonders die kokette Liebesscene mit dem verkleideten Onkel am Fenster und das Entsetzen vor der Wuth des eifersüchtigen Mannes stellte sie mit vieler Gewandtheit im Wechsel des dramatischen Ausdrucks dar. Clara Roths hat ein temperamentvolles Spiel und weiß zu charakterisiren; auch läßt sie nicht leicht ein Wort fallen, sie spricht immer klar und deutlich, in der Ruhe wie im Affect. Nur schlägt sie bisweilen zu volle Töne an und könnte die Uebergänge und Modulationen hier und dort noch feiner nuanciren. Herr Grundmann als Rentier Baumann wirkte besonders komisch in der Vergiftungsscene und brachte auch in dem Auftritt am Fenster die Anwandlung der Verliebtheit, die über den Alten kommt, in drolliger Weise zur Anschauung. Herr Marosch hielt sich als eifersüchtiger Wütherich von Uebertreibungen fern, obschon diese bei einer gespielten Eifersucht allenfalls zu entschuldigen wären.

Schwächer als das Stück von Elz ist das „Salz der Ehe" von C. A. Görner, eine triviale Ehestandsscene! Ein umgestürztes Salzfaß ruft einen „lustigen Krieg" zwischen zwei Ehegatten hervor, der indeß bald wieder zur Versöhnung führt. Minna Siegel als Frau Elise Weiken und Herr Marosch als Regierungssecretair Weiken führten diesen Krieg von den ersten ehelichen Plänkeleien bis zur stürmischen Bajonnetattaque, zum erbitterten Kampf und zum ziemlich rasch erfolgenden Friedensschluß mit der nöthigen Bravour. Der Onkel Schwäger des Herrn Grundmann, der sich in Vertilgung des Proviants durch den großen Kriegslärm nicht stören ließ, ergötzte durch die einsilbigen Bulletins, mit denen er den Stand des Gefechtes charakterisirte.

Rudolf von Gottschall.

Entscheidungen des Reichsgerichts.

(Abdruck ohne Angabe der Quelle wird gerichtlich verfolgt.)

* Eine besonders für Gerichtsvollzieher wichtige Auslegung des §. 348 Str.-G.-B. enthält das Urtheil des II. Strafsenats des R.-G. vom 6. April d. J. in der Strafsache wider den vom Landgericht wegen Urkundenfälschung verurtheilten Gerichtsvollzieher K. zu C. Folgendes ist festgestellt: Der bei dem Amtsgerichte zu C. als Gerichtsvollzieher angestellte Angeklagte pfändete am 24. September 1884 im Auftrage des Kaufmanns H. wegen einer vollstreckbaren Forderung desselben von 156.60 und 3.80 ℳ bei dem Gasthofbesitzer B. in C. mehrere Möbel, bestimmte sogleich den Verkaufstermin auf den 8. October 1884, vermerkte diese Terminsbestimmung im Pfändungsprotokolle, gab dem Gläubiger von der Pfändung und der Anberaumung des Versteigerungstermins Kenntniß, gewährte aber demnächst dem Schuldner auf dessen Bitte zwei Tage Frist und änderte demnächst ohne Wissen des Gläubigers das Pfändungsprotokoll in der Weise ab, daß er bei dem Vermerk über die Bestimmung des Verkaufstermins die Zahl 8 der Tagesangabe in 10 umwandelte, indem er aus der 8 eine 0 machte und eine 1 vorsetzte. Auf Grund dieser Beweisergebnisse hat das Landgericht angenommen, daß der Angeklagte im Jahre 1884 zu C. als Beamter eine ihm amtlich zugängliche Urkunde vorsätzlich verfälscht hat.

Bei der Verwerfung der von dem Angeklagten gegen seine Verurtheilung eingelegten Revision hat das R.-G. Folgendes ausgeführt: Die Begriffsmerkmale des in §. 348 Absatz 2 Strafgesetzbuchs vorgesehenen Vergehens sind festgestellt und in einer zu Bedenken keinen Anlaß bietenden Weise begründet. Die Revision macht zwar geltend, es sei keine rechtlich erhebliche Thatsache gefälscht, womit gemeint ist, daß die Aenderung nicht einen für die Beweiskraft der Urkunde wesentlichen Punct betroffen habe, denn als rechtlich erheblich bezeichnet die Revision nur die im §. 682 Civilproceßordnung hervorgehobenen Momente. Dieser Ansicht kann nicht beigetreten werden. Der §. 682 zählt nur diejenigen Erfordernisse auf, welche ein Protokoll des Gerichtsvollziehers über eine Vollstreckungshandlung enthalten muß, steht aber der Beurkundung anderweiter Vorgänge, welche mit der Vollstreckungshandlung in Verbindung stehen, im Pfändungsprotokolle keineswegs entgegen. Nach §. 74 Nr. 5 der preußischen Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher vom 24. Juli 1879 hat das über die Pfändung von beweglichen körperlichen Sachen aufzunehmende Protokoll insbesondere zu enthalten: Die Angabe der Zeit und des Ortes des Versteigerungstermins oder der Gründe, aus welchen die sofortige Ansetzung des Termins unterblieben ist. Diese Thatsache ist von rechtlicher Bedeutung im Verhältnisse des Gerichtsvollziehers zum Auftraggeber, der von ihm Rechenschaft über prompte Erledigung des Auftrags und bei ungerechtfertigtem Verzuge sein Interesse fordern kann, auch im Verhältnisse des Gerichtsvollziehers zu dem seine Geschäftsführung controlirenden Beamten. Ob die Anberaumung des Verkaufstermins auf den 8. October und die demnächstige Verlegung des Termins auf den 10. October im vorliegenden Falle rechtliche Consequenzen nach sich gezogen hat, ist gleichgiltig; übrigens ist damit in der That dem Schuldner ein Vortheil verschafft, auf welchen er keinen Anspruch hatte.

Außerdem führt die Revision noch an, es fehle an der Feststellung des dolus, da der Angeklagte in dem Glauben sich befunden habe, daß die Urkunde über die Pfändung eine für ihn persönlich bestimmte sei. Die Vorsätzlichkeit der Handlung ist indeß festgestellt. Der Angeklagte hatte zwar eingewandt, er hätte sich zu der vorgenommenen Aenderung für berechtigt gehalten, weil durch die Verlegung des Versteigerungstermins weder der Gläubiger, noch der Schuldner benachtheiligt wären und er die Verlegung für eine ihm einseitig zustehende Verfügung angesehen hätte. Dieser Behauptung hat aber das Landgericht den Glauben versagt und im Gegentheil angenommen, daß der Angeklagte die Aenderung des Datums im Pfändungsprotokoll in der Absicht vorgenommen habe, die Pflichtwidrigkeit, welche in der lediglich auf Bitte des Schuldners einseitig gewährten Fristbewilligung zu finden sei, vor dem seine Acten revidirenden Amtsrichter zu verdecken. Eine Behauptung dahin, daß er das Pfändungsprotokoll als eine für ihn persönlich bestimmte Urkunde angesehen habe, hatte der Angeklagte nicht aufgestellt. Das Landgericht hatte daher gar keinen Anlaß, sich über diesen Punct speciell auszulassen. In der Revisionsinstanz kann die neue Behauptung nach §. 376 Strafproceßordnung nicht berücksichtigt werden.

Briefkasten.

Herrn X. Sie erhalten nachstehend die gewünschte Auskunft unseres Marine-Correspondenten: Dem Herrn Einsender diene zur Nachricht, daß die Geschwindigkeit eines Schiffes nach Knoten oder Seemeilen gemessen wird, welche dasselbe in einer Stunde zurücklegt. Der Ausdruck „Knoten" ist wie viele nautische Ausdrücke aus dem Englischen entnommen und in unserer Marine ein so gebräuchlicher, daß er stets in Anwendung kommt. Offenbar ist dem Einsender der Anfrage der Ausdruck „Seemeile" nicht bekannt, oder wenigstens nicht die Bedeutung desselben, und wird wohl mit der geographischen Meile verwechselt. Die Bezeichnung: das Schiff macht so und so viel Knoten pro Stunde ist durchaus officiell und ich meine, daß der Betreffende keine Veranlassung hat, wenn ihm dieses nicht bekannt ist, diese Ausdrucksweise als unzutreffend zu bezeichnen. 1 Seemeile = 1 Minute eines Meridianquadranten auf dem Erdsphäroid. Nach Bessel beträgt die Länge eines Meridianquadranten 10,000,855.76 Meter. Demnach ist 1 Seemeile = $\frac{10{,}000{,}855.76}{60 \times 90}$ = 1852.01 Meter. In Deutschland, Frankreich und Oesterreich rechnet man die Seemeile zu rund 1852 Meter, in England 1853.2 Meter = Admiralty knot. Das englische Wort „knot" ist bei uns in Knoten übergegangen und bezieht sich auf die Eintheilung der Loggleine. Absolut correct ist die Ausdrucksweise allerdings nicht, doch ist sie üblich, und jeder Seemann bedient sich ihrer.

Verantwortlicher Redacteur Heinrich Thle in Leipzig.
Für den musikalischen Theil Procurator Dr. Oscar Paul in Leipzig.

Volkswirthschaftliches.

(Die für diesen Theil bestimmten Sendungen sind zu richten an den verantwortlichen Redacteur desselben C. G. Laue in Leipzig.)

Telegramme.

W. Warschau, 1. November. (Privattelegramm.) Das Finanzministerium hat aus Rücksicht auf die zahlreichen Stimmen, die sich gegen eine Vermehrung der Zuckerproduction erhoben haben, den Plan einer Einschränkung derselben ganz fallen lassen, und hat, um die Zuckerkrisis zu beseitigen, andere Mittel in Erwägung gezogen.

Finanzieller Wochenbericht.

So ist denn der erste Monat der älteren Jahreshälfte verstrichen. Die Börse hat allerlei Schwankungen während desselben durchmachen müssen. Schreckbilder von politischen Verwickelungen stiegen auf, sogar von dem Zusammenbruch der Stützen sprach man, worauf die größte Zuversicht der Speculation geruht hatte: des niedrigen Geldwerths. In der Politik ist die Börse nun dahin gelangt, daß sie einsieht, wie alle die Reden von Tisza und andern Ministern in den Parlamenten nur eitel Wind sind, um dem Publicum Staub in die Augen zu streuen; daß Rußland unbehindert zuerst die Küstenstädte Bulgariens besetzen und dann unter irgend einem Vorwande das ganze Land überziehen darf. Es kommt nur darauf an, Schritt vor Schritt das europäische Publicum an dies Stratagem zu gewöhnen. Die Cabinete sind schon längst darüber einverstanden, wegen Bulgariens Unrecht Recht sein zu lassen. Was die sogenannte egyptische Frage anbetrifft, für welche die französischen Journale so hitzig ins Feuer gehen, so wird dieses Bemühen ebenso Fiasco machen wie damals das für die Griechen, als diese die rumelische Revolution benutzen wollten, um von der Türkei ein Stück Land abzureißen.

Mögen die Pariser Blätter, voran das „Journal des Débats", Rußland noch so sehr umschmeicheln. Die Enthaltsamkeit der Engländer hinsichtlich Bulgariens bietet dazu ein Gegengewicht, noch dazu, da weder Deutschland noch sonst eine andere Macht ein Interesse daran haben, Frankreich gegen England zu unterstützen. Wir haben damals, als die Börsen vor Schreck über den Pariser Zeitungslärm Course herunterwarfen, davor gewarnt und auf den Rückschlag hingewiesen, der auch nicht ausgeblieben ist.

Was die Besorgniß vor dem Verschwinden des billigen Geldpreises anbelangt, vor den größeren Ansprüchen, welche der Wiederaufschwung der Industrie an den Geldmarkt stellen würde, so hat sich zum Ultimo in Berlin, wo vielfach Mangel an Stücken hervortrat, der Report billig gestellt. Die „Nationalztg." meint: Nachgewiesen wurde, daß man nicht mehr mit unerschütterlicher Zuversicht die Politik betrachtet, und betreffs der Andauer der Geldabundanz und des fallenden Zinsfußes herrscht gleichfalls nicht mehr die frühere Uebereinstimmung, welche mit einer ununterbrochenen Fluth von Geldmitteln, die den Effectenverkehr fortdauernd befruchtet, rechnete und operirte. An den europäischen Geldmärkten ist zwar das Angebot willig, wenn auch nicht reichlich, und der Zinsfuß hält sich auf einer Höhe, die mit Rücksicht auf das Herannahen des Jahresschlusses nicht anomal genannt werden darf. Dennoch wird allseitig angenommen, daß die Hochfluth müßiger Capitalien wesentlich gefallen sei, und dies insbesondere wegen der Absorption derselben durch Anleihen, die dem fernen Auslande zugeführt werden, ferner weil die Ansammlung von Ueberschüssen, die Ersparnisse mit der Abnahme der Gewinnquoten und vornehmlich in Folge der Zinsreductionen erheblich zurückgegangen sind. Die in fremden Ländern angelegten Capitalien bringen Vortheil, weil sie die Verkehrsbeziehungen zwischen den schuldnerischen und creditirenden Nationen erleichtern und die Zinseingänge die Zahlungsbilanz der letzteren günstig gestalten. Allein eine solche Rückwirkung braucht Zeit und umsomehr Zeit, je unentwickelter noch der Verkehr zwischen den betreffenden Ländern ist und je weiter entfernt sie von einander liegen. Der deutsche Geldmarkt empfindet sehr stark die Wirkung der Emissionen für weit abgelegene überseeische Staaten, und er besitzt nicht die Spannkraft, die man ihm zutraut, auf welcher die Pläne weiterer Anleihen für Städte und Gemeinden im Auslande gebaut werden.

Wir sagen dies angesichts einer Epoche von Finanzgeschäften, die von der Börse vorgetrieben und, wie schon erwähnt, neulich mit einer Hausse der Bankwerthe und mit einer allgemein gehobenen Stimmung begrüßt wurde. Wir erinnern gleichzeitig daran, daß eine Verengung des Berliner Geldmarkts für December auch deshalb in Aussicht genommen werden müßte, weil die von den verschiedenen preußischen Landschaften zur Rückzahlung resp. Conversion gekündigten Pfandbriefe von den Inhabern derselben im Anfang Januar des nächsten Jahres zum Theil zur Auszahlung präsentirt werden. Das Consortium, welches diese Operation ausführt, wird deshalb zur Deckung von Geldbedarfen schon im December gezwungen sein. Denn wir dürfen wohl annehmen, daß von den gekündigten Pfandbriefen Beträge von 50—60 Millionen und vielleicht darüber nicht zur Conversion angemeldet worden sind und daß der Absatz von 3½proc. landschaftlichen Pfandbriefen namentlich seit dem Rückgang der preußischen 3½proc. Consols ins Stocken gerathen ist.

Die „Vossische Ztg." schreibt: Die in den Coursen besonders für 3½proc. preußische Consols stattgehabten Schwankungen und der Rückgang derselben unter das Niveau der 3½proc. Reichsanleihe zeigen, daß der Umtausch von 189.49 Millionen Mark 4procentiger Prioritäten verstaatlichter Eisenbahnen gegen 3½proc. Consols sich nicht mit derselben Leichtigkeit vollzieht, wie die vorherige Zinsherabsetzung von 4½ auf 4 Procent.

Der „Berliner Actionair" dagegen erklärt den Rückgang deutscher Staatspapiere durch die Verkäufe von Rentiers, welche das Reportgeschäft an der Börse zeitweise unrentabel fanden, für ihr Geld also Staatspapiere erwarben und sich derselben beim ersten Anziehen des Geldpreises entledigten, um zu der alten Beschäftigung ihrer Mittel zurückzukehren.

Bankactien waren in den Coursen begünstigt wegen bevorstehender Emissionen. Wenn, schreibt die „National-Zeitung", für die [illegible] der Emissionsgruppen die Capitalisten nicht anders in Erregung zu setzen sind, so müssen die speculativen Elemente der Börse zur Mithilfe aufgerufen werden. Das ist das Geheimniß der Bewegung, die gestern Alle überraschte.

Allein nicht Zahl und Umfang der Emissionen entscheidet über die Situation des Effectenmarktes, sondern die Unterbringung der Titres in besitzstarken Händen, und wir glauben nicht mit der Annahme zu irren, daß in den Erfolgen der Emissionen sich eine wesentliche Erschlaffung der Aufnahmelust kundgiebt. Ob auch die Aufnahmefähigkeit gesunken ist, lassen wir dahingestellt, aber immerhin mag man den Rückgang der heimischen Anlagepapiere als ein nicht zu unterschätzendes Zeichen registriren, daß auch in dieser Richtung ein Wandel eingetreten ist.

Die Zeit muß über die Widersprüche der Ansichten entscheiden.

Die Montanactien waren durch die Geschäftsberichte von drei Hauptgesellschaften nicht begünstigt. In den Speculationspapieren dieser Branche herrschte ein alle Tag wechselndes Spiel. Einmal wird der Aufschwung gefeiert, das andere Mal greift [illegible] Entmuthigung Platz.

Aus Wien wird vom Sonnabend gemeldet: In der heutigen Sitzung des Staatseisenbahnraths erklärte der Regierungsvertreter in Beantwortung einer Interpellation, daß dem von der Verwaltung der Carl-Ludwigbahn gestellten Antrage wegen Uebernahme der Carl-Ludwigbahn in den Betrieb der Galizischen Staatsbahnen vielfache Bedenken entgegenstünden. Jedoch sei bei diesem Anlasse seitens des Handelsministeriums die Frage in Erwägung gezogen, ob nicht etwa der finanzielle Effect der in Aussicht genommenen Betriebsvereinigung durch eine Vereinbarung zu erzielen wäre, durch welche an Stelle des gegenwärtigen Cartells eine Interessengemeinschaft sämmtlicher galizischen Bahnen in Bezug auf den Güterverkehr geschaffen würde. Von dem Ergebnisse der diesbezüglich anzustellenden Erhebungen wird selbstverständlich dem Staatsbahnrath seinerzeit Kenntniß gegeben werden.

Der „Berl. Actionair" hat ganz Recht, wenn er sich darüber verwundert, daß die Berliner Blätter, welche jenen Antrag auf Ratification der Operation mit den abgestempelten Actien der zur Generalversammlung der Nordhausen-Erfurter Eisenbahn-Gesellschaft eingereicht worden, abdruckten, dazu keine Bemerkung machten. Wir haben denselben, wie schon bemerkt, wegen seines vollständigen Unsinns gar keine Aufnahme gewährt.

Ueber den Verlauf der Berliner Sonnabendbörse verlautet Folgendes: Die heutige Börse eröffnete im Anschluß an die Meldungen der Wiener Vorbörse in recht zuversichtlicher Haltung. Die Course zeigten bei lebhaften Umsätzen fast durchweg Erhöhungen. Von internationalen Speculationspapieren standen Franzosen im Vordergrund, welche auf günstige Einnahme-Taxationen 2 ℳ stiegen, auch Lombarden gewannen ebenso viel. Ebenso waren die anderen österreichischen Bahnen fest. Heimische Bankactien standen in regem Verkehr; Disconto wurden zu 0.75 Proc., Handelsgesellschaft um 1.25 Proc. höherem Course gesucht; auch Deutsche Bank stiegen ½ Proc., mußten aber bald wieder nachgeben. Inländische Eisenbahnen fest; nur Marienburger waren schwach. Schweizer Bahnen behauptet, Mittelmeerbahn anziehend. Fremde Renten fest. Russische Fonds gut behauptet. Auf dem Montanmarkt riefen Meldungen in Bochumer Gußstahl eine Steigerung von 1 Proc. für dieses Papier, sowie auch mäßige Courserhöhungen für Laura und Dortmunder hervor. Später schwächte sich die Haltung für Bergwerksactien zeitweise etwas ab. Im weiteren Verlaufe blieb die Haltung vorwiegend fest, ohne daß die Course wesentliche Veränderungen erfuhren. Im Vordergrunde des Verkehrs blieben locale Bahnpapiere, für welche sich rege Kauflust entwickelte; in erster Reihe gilt dies von Berliner Handelsgesellschafts-Antheilen. Von inländischen Eisenbahnactien waren Mecklenburger, von fremden Transportwerthen Franzosen steigend. Schweizer Eisenbahnactien zeigten sich gut behauptet. Auf dem Rentenmarkt stellte sich Serbische Tabakrente erheblich höher; andere Fonds zeigten sich gut behauptet. Bergwerksactien unterlagen zahlreichen Schwankungen. Nachbörse schwächer.

	23. October.	30. October.
Credit	456¾	459
Franzosen	391⅞	401¼
Lombarden	177	174
Deutsche Bank	166½	169⅝
Disconto	211	211⅝
Mainzer	95¼	96
Marienburger	56⅜	56½
Ostpreußen	72⅞	69⅞
Mecklenburger	163⅞	166½
Galizier	78.12	78.87
Elbethalbahn	278.50	280
Dux-Bodenbach	138.37	137.75
Gotthard	95½	96⅝
1880er Russen	85⅞	86⅝
Russische Noten	198⅝	199½
Ungarische Goldrente	84⅛	84¼
Italiener	100.12	100.12
Laura	70⅞	68⅞
Dortmunder Union	47⅞	46⅞

Montag: Russische Renten faul.

Vermischtes.

Leipzig, 1. November.

† Aus der Fremde. Vom Sonnabend schreibt man aus Paris: Die Prämienbeantwortung nach dem Belieben der Schließers. Die Beantwortung der Prämien lautet für Dreiprocentige auf 82.67, während der Monatsbeginn 82.65 aufwies. Alle Prämien sind also in Rauch aufgegangen. Dieser erste Tag der Liquidation befriedigt Niemand. Hinsichtlich der Speculation in öffentlichen Fonds beklagen sich die Haussiers, daß die Hauptbewegung unterbrochen worden ist, die Baissiers dagegen, daß sie die Kosten haben tragen müssen. — Die Bank hat wieder zu 4½ ‰ Prämie Gold verkauft. Der Wochengewinn des Instituts beträgt 386 000 Frcs. Die Bank hat durch ihre hartnäckige Aufrechthaltung eines Disconts von 3 Proc., während er den größten Theil des Jahres niedriger ist, immer mehr von ihren Umsätzen eingebüßt, und ihre Gewinne im zweiten Halbjahre sind um 2 Millionen geringer als im Vorjahre.

Wie sich die französische Budgetfrage lösen wird, ist noch völlig unklar. Wäre es möglich, die einzelnen Steuerzahlungs-Hinterziehungen abzuschaffen, so würde der Staat ein großes Hilfsmittel haben, um sein Deficit zu decken. Aber bei der Einrichtung des ganzen Regierungswesens in Frankreich ist dies nicht möglich. Da ist für die Beamten das Nothwendigste, sich die Gewogenheit der Volksvertreter und der Wähler zu erhalten, um nicht selbst Schaden zu erleiden.

Die Details der projectirten Stadtbahn sind nun durch Veröffentlichung der Convention der Stadt Paris mit den großen in Paris mündenden Eisenbahngesellschaften und mit dem Gouverneur des Credit foncier, Herrn Christophle, welcher sich der Aufgabe unterzogen hat, die Gesellschaft zum Bau und Betrieb der Bahn zu bilden, vervollständigt. Der Entwurf sieht die unmittelbare Ausführung einer Circular-Linie von ca. 12 Meilen im Umfange und ca. 4 Transversal-Linien von im Ganzen 10 Meilen vor. Die Kosten sind auf 285 Millionen Francs veranschlagt, wovon 60 Millionen durch Actien, der Rest durch Obligationen aufgebracht werden soll. Die Regierung garantirt 4 Proc. für das Actiencapital und 4½ Proc. für die Obligationen, im Ganzen 11,987,800 Frcs. Der Staat selbst ist indeß nur für weniger als die Hälfte dieser Summe verbunden. An erster Stelle machen sich die großen Eisenbahngesellschaften, deren Linien mit der Stadtbahn verknüpft werden, verbindlich, einen Transportverkehr von mindestens fünf Millionen Francs jährlich einzubringen, welche von der Garantie abzuziehen sind. Die Stadt Paris verspricht eine jährliche Garantie von 1,275,000 Francs während der ganzen Concessionsdauer, welche jeder Anforderung an den Staat vorzugehen haben. Fünfundzwanzig Jahre lang hat der Staat den sechsten Theil der übrigen Garantie zu tragen, so daß der Staat für nicht über 4,700,800 Francs verpflichtet bleibt. Dafür fällt der Stadt ein Anrecht auf zwei Drittel des Profits, welcher an den Staat gelangt, zu, und nach Ablauf jener 25 Jahre hat sie die Option, das bisherige Arrangement aufrecht zu erhalten. Die Garantiezahlungen werden als Schuld an den Staat angesehen, die mit 4 Proc. zu verzinsen ist. Ueberschreiten die Netto-Einnahmen die garantirten Zinsen, so sollen vier Fünftel des Ueberschusses zur Verminderung der Schuld an den Staat aufgewendet, und ist diese ganz zurückgezahlt, so wird nach Zahlung der Anleihezinsen und von 6 Proc. Dividende an die Actien, der Ueberschuß zwischen Gesellschaft und Staat getheilt oder dazu verwendet, die Interessen und den Amortisationsfonds des Capitals für neue Linien zu decken, welche der Staat der Gesellschaft unter denselben Bedingungen wie die gegenwärtige Convention gewähren. Die Concession endet mit Ablauf des Jahres 1984. Die Linien fallen dann an den Staat, aber die Niederlagen und das rollende Material werden nach der Abschätzung bezahlt. Die Regierung kann zu jeder Zeit die Concession unter ähnlichen Bedingungen wie bei den großen Eisenbahngesellschaften zurückkaufen. Die Regierung behält sich gleicher Weise das Recht vor, alle Passagier- und Frachttaxen herunterzusetzen, wenn die Dividende zwei Jahre lang über 6 Procent betragen hat. Die Zahl der ausländischen Arbeiter bei dem Bau soll nach einem Abkommen mit der Stadt nicht mehr als 10 Procent betragen, das Material soll nur einheimisches Product sein. 10 Procent des Gewinns, nach Zahlung von 6 Procent Dividende, sollen an die Arbeiter. In die Direction ernennt die Stadt 3 Mitglieder und 3 werden von den Bahnbeamten, welche nicht über 4000 Frcs. Gehalt beziehen, gewählt. Arbeiter-Cooperativ-Gesellschaften sollen aufgefordert werden, bei dem Bau sich mit zu bewerben, und Credit soll ihnen zu billigen Bedingungen gewährt werden.

Die Ultimoliquidation, schreibt der englische „Economist", und das Fallen von Guinea-Actien haben beträchtliche Bewegungen während der letzten Woche am Geldmarkt zur Folge gehabt. Das bedeutet aber wenig für die Zukunft des Marktes, ausgenommen in der einen Hinsicht, daß die Thatsache, daß man genöthigt war, seine Zuflucht hinsichtlich Anleihen bei der Bank zu nehmen, darauf hinzeigt, daß der Markt keinen großen Vorrath an disponiblem Gelde besitzt. Dadurch wird unsere in der vorigen Woche vorgetragene Ansicht, daß die Marktrate der der Bank sich nähern wird, bestätigt. Während der nächsten Tage mag möglicherweise ein leichter Nachlaß eintreten, da das von der Bank für 10 Tage entliehene Geld, nachdem es seinen Zweck erfüllt, auf dem Markt bleiben und Unterkunft suchen wird. Das ist aber blos vorübergehend, und die steigernden Factoren, von denen die Besserung des Handelsverkehrs der mächtigste ist, sprechen noch immer für Theurerwerden des Geldes. Wir wollen eigentlich sagen, sie deuten auf einen näheren Anschluß der Marktrate an die der Bank hin, denn es bietet sich keine unmittelbare Aussicht auf eine weitere Erhöhung der Bankrate dar, da die Steigerung auf 4 Procent, wie es den Anschein hat, den auswärtigen Geldbegehr niedergehalten hat.

Die Liquidation an der Londoner Börse stellte sich entschieden schwierig. Der Umfang der Regulirungen war bedeutend und betraf zum Theil Papiere von dunklem Charakter, welche viel Arbeit machten.

In den leitenden Departements waren die Speculations-Engagements meistens geringer und die Raten stellten sich leichter. Die Notirungen ermäßigten sich im Allgemeinen und in einigen Papieren, wie Mexikanische Eisenbahnen, war der Fall bedeutend. Es fehlt nicht an Anzeichen, daß noch viele ungesunde Speculation vorhanden ist, welche leicht zu Grunde gehen kann. Die Märkte sind in der That stark aufgeblasen, und offenbar muß ein Fall der Course eintreten, bevor gesündere Bedingungen sich Bahn brechen. Das Bona-fide-Anlagegeschäft wächst. Das Publicum beachtet sehr niedrig stehende Papiere, welche lange vernachlässigt worden waren. Ebenfalls sind die Actien von Eisen-, Kohlen- und Stahlgesellschaften erheblich gestiegen, doch in nicht langer Zeit wird der Strom sich ausdehnen und andere Canäle finden.

*— Die Stadt-Fernsprechanlagen im Ober-Postdirectionsbezirk Leipzig haben in den letzten Jahren sowohl an Zahl wie an Umfang erheblich zugenommen, wie aus den folgenden uns zur Verfügung gestellten Angaben hervorgeht. Im genannten Bezirke bestehen zur Zeit 10 Stadt-Fernsprecheinrichtungen, nämlich in Altenburg (S.-A.) — eröffnet 23. August 1886 —, Chemnitz — eröffnet 1. August 1883 —, Crimmitschau — eröffnet 1. October 1885 —, Glauchau — eröffnet 1. October 1885 —, Leipzig — eröffnet 1. Februar 1882 —, Meerane — eröffnet 1. April 1885 —, Plauen (Vogtland) — eröffnet 16. März 1885 —, Reichenbach (Vogtland) — eröffnet 1. August 1886 —, Werdau — eröffnet 1. December 1885 — und Zwickau — eröffnet 1. April 1885.

Zu Anfang des Monats October waren angeschlossen an die Stadt-Fernsprecheinrichtung in

	Theiln.	Endstellen	Zwischenstellen
Altenburg (S.-A.)	30	35	
Chemnitz	261	271	8
Crimmitschau	63	66	
Glauchau	57	59	2
Leipzig	534	592	50
Meerane	52	53	4
Plauen (Vogtland)	113	119	4
Reichenbach (Vogtl.)	48	50	1
Werdau	53	54	1
Zwickau	98	103	4

Die Länge der im Betriebe befindlichen Leitung beträgt bei der Stadt-Fernsprecheinrichtung in

Altenburg (S.-A.)	30.12 Kilom.	Meerane	29.53 Kilom.
Chemnitz	285.53 „	Plauen (Vogtland)	77.29 „
Crimmitschau	56.35 „	Reichenbach (Vogtl.)	45.23 „
Glauchau	37.25 „	Werdau	35.83 „
Leipzig	803.87 „	Zwickau	140.40 „

Die Zahl der durchschnittlich täglich bei den Vermittelungsanstalten hergestellten Verbindungen belief sich im Monat September bei der Stadt-Fernsprecheinrichtung in

Altenburg (S.-A.)	auf 133,	Meerane	auf 182,
Chemnitz	„ 986,	Plauen (Vogtland)	„ 1107,
Crimmitschau	„ 208,	Reichenbach (Vogtl.)	„ 148,
Glauchau	„ 150,	Werdau	„ 214,
Leipzig	„ 4861,	Zwickau	„ 606.

*— Von einer hiesigen Firma empfangen wir bezüglich der in gestriger Nummer unseres Blattes enthaltenen ‡‡-Correspondenz aus St. Petersburg, wonach eine Erhöhung des russischen Eingangszolles für Kreide auf 25 Goldrubel per Pud — ca. 500 ℳ per 100 Kilo projectirt sein soll, folgende Zuschrift: „Wir glauben die Vermuthung aussprechen zu dürfen, daß Ihrem Correspondenten ein Versehen untergelaufen ist. — Dieser Tage tritt in St. Petersburg eine Commission zusammen, um über, von russischen Interessenten beantragte, verschiedene Zollerhöhungen zu berathen; unter den Artikeln, deren eventuell eine Zollerhöhung zugedacht ist, befindet sich auch Hopfen; russische Zeitungen berichteten vor mehreren Tagen, daß der beantragte neue Zoll beiläufig 25 Rubel Gold per Pud betragen solle. Ihr Herr Correspondent scheint nun Hopfen (russisch hmiel) mit Kreide (russisch miel) verwechselt zu haben."

*— Zur Richtigstellung. In unserer vorigen Mittwochs-Nummer theilten wir nach dem „Glück auf" mit, daß bei dem Boroper Steinkohlenbergwerke (früher Holthausen) auf den 1. November 500 Arbeitern gekündigt worden sei, weil es an ausreichendem Absatz fehle und die gegenwärtigen Preise hinter den Gewinnungskosten der Kohlen zurückblieben. — Von der Gewerkschaft der „Boroper Steinkohlenbergwerke" erhalten wir heute die Mittheilung zu, daß diese Nachricht auf Unwahrheit beruhe und es sich bei derselben nur um eine böswillige Entstellung handeln könne; es seien von ihrer zur Zeit ca. 650 Mann starken Belegschaft nicht 500 Mann entlassen, sondern nur 105 Mann gekündigt worden. Die genannte Gewerkschaft schließt ihr Schreiben mit folgenden Worten: „Wir sind hierin dem Beispiele anderer einsichtsvoller Zechenverwaltungen gefolgt, welche lieber die Kohlenförderung bis auf ein Minimum einschränken, als zu den heutigen selbstmörderischen Kohlen- und Cokspreisen, wo bei jedem Waggon 10 ℳ und mehr zugesetzt werden, mit ihrem Product den Markt zu überschwemmen. Uebrigens fördern wir mit unserer gegenwärtigen Belegschaft noch immer arbeitstäglich 10,000 Ctr. Kohlen, werden jedoch, wenn der niedrige Preisstand noch länger anhält, successive zu weiteren Arbeiter-Entlassungen schreiten müssen." — Da steht es in unseren sächsischen Kohlendistricten — Gott sei Dank — doch besser aus.